Z 1914. 2 131

Nummer 147 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau", Monatlicher **Bezugspreis** 3 Mk. einschl. Bestellgeld, Einzelnummer **10 ₰**. Sonnabend- u. Sonntagnummer **20 ₰**.

Hauptschriftleiter: **Dr. G. Dobezyk**, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonntag, den 1. Juli 1928

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile **30 ₰**, Familienanzeigen u. Stellengesuche **20 ₰**. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, **1 ℳ**. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes **40 ₰**, die Petitreklamezeile **1,30 ℳ**. Offertengeb. **20 ₰**. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.

Geschäftlicher Teil: **Artur Lenz**, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto: **Stadtbank Dresden** Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Einen Sommer lang

Die Wähler hatten am 20. Mai eine Entscheidung gefällt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Dennoch ist eine Regierung erst nach drei Wochen schwieriger Verhandlungen zustande gekommen, und sie ist auch danach. Dem Namen nach ein „Kabinett freier Persönlichkeiten" stellt sie in Wahrheit ein Minderheitskabinett der Sozialisten und Liberalen dar. Das Zentrum hat, dem Wunsche des Reichspräsidenten folgend, der mit Recht auf einen Abschluß der Verhandlungen drängte, durch Entsendung eines Verbindungsmannes seine Bereitwilligkeit gezeigt, dieses Kabinett von Fall zu Fall zu unterstützen. Wenn man bedenkt, in welcher Weise vorher die Wünsche des Zentrums abgelehnt worden waren, kann man diesen Entschluß der Fraktion nur als neues Opfer werten, das die Zentrumspartei im Interesse des Staates bringt. Weite Kreise in der Zentrumspartei hätten es lieber gesehen, wenn die Partei sich überhaupt nicht an dem Kabinett beteiligt hätte. Wenn Liberale und Sozialisten sich stark genug glaubten, über die Wünsche des Zentrums hinwegzugehen, dann hätte man sie ruhig allein regieren lassen sollen. Mit Einbeziehung der Wirtschaftspartei wäre das zahlenmäßig auch möglich gewesen. Immerhin wird man sich mit der Feststellung trösten, daß dieses Kabinett nur einen Sommer lang regieren wird und daß im Herbst eine endgültige Klärung der Koalitionsverhältnisse erfolgen muß. Ueber das politische Kapitel, das jetzt im Reichstage begonnen wird, könnte man also die schönen Verse von Liliencron setzen:

„Zwischen Roggenfeld und Hecken
führt ein schmaler Gang.
süßes, seliges Verstecken
einen Sommer lang."

Aber noch ist es nicht Zeit, lyrische Töne über dies politische Ereignis einzuschlagen. Aus der liberalen und sozialistischen Presse vernehmen wir ganz andere Klänge. Dort wird wieder einmal die Schuldfrage erörtert, und mit seltener Einmütigkeit kommen diese Blätter zu dem Ergebnis, daß allein das Zentrum die Schuld daran trage, daß nur ein Provisorium und nicht eine feste Mehrheitsregierung zustande gekommen ist.

Betrachten wir einmal diese Vorwürfe bei Licht. Zunächst muß festgestellt werden, daß der Versuch, eine feste Mehrheitsregierung zu schaffen, schon vor acht Tagen als erledigt gelten mußte. Er war gescheitert an den unlösbaren Widersprüchen, die sich zwischen den Forderungen der Sozialdemokratie und denen der Deutschen Volkspartei ergeben hatten. In den letzten Tagen wurde nur noch erörtert, in welcher Form ein „Kabinett freier Persönlichkeiten", die aber den Parteien der Großen Koalition angehörten, gebildet werden konnte. Hermann Müller hatte im Laufe der früheren Verhandlungen dem Zentrum den Posten des Vizekanzlers angeboten. Auf dieses Angebot kamen nun die drei Zentrumsleute zurück, die Müller zur Teilnahme an dem „Kabinett freier Persönlichkeiten" eingeladen hatte. Jetzt aber erklärte Müller sich plötzlich als nicht mehr an sein früheres Angebot gebunden. Mit Recht bezeichnet die „Kölnische Volkszeitung" dieses Verhalten als „politische Zechprellerei". Man mutete dem Zentrum zu, auf jeden Einfluß in der Außen- und Innenpolitik zu verzichten, gleichzeitig aber das schwierigste und undankbarste Amt, das Arbeitsministerium zu übernehmen. Das war einfach eine politische Unmöglichkeit. Man wird es im Lande begrüßen, daß das Zentrum trotz aller Druckmittel in diesem Punkte konsequent geblieben ist und das dornenreiche Amt des Arbeitsministers der Sozialdemokratie überlassen hat. Dr. Brauns, der sich in acht Jahren für die Sache des Arbeitsfriedens aufgerieben und dafür nur schmählichen Undank geerntet hat, darf man die Erholung wohl gönnen. Die Sozialdemokratie aber mag zeigen, wie sie ihre während des Wahlkampfes geübte Kritik am Arbeitsminister nun in die Tat umsetzt.

Den Grundsätzen der Demokratie hätte es entsprochen, wenn dem Zentrum im neuen Kabinett eine seiner Fraktionsstärke entsprechende Stellung eingeräumt worden wäre. Ueber diesen in allen Ländern parlamentarischer Regierung gültigen Brauch haben sich Liberale und Sozialisten großzügig hinweggesetzt. Um jetzt das Zentrum als Schuldigen auszuschreien. Aber wer gar so laut ruft: „Haltet den Dieb!", macht sich am ehesten verdächtig. Die Zentrumswählerschaft weiß genau, woran sie ist. Nichts kennzeichnet die Situation besser als die unsäglich niedrigen persönlichen Angriffe, die Liberale und Sozialisten jetzt gegen Dr. Wirth richten. Daß die Demokraten, deren Blätter Dr. Wirth so oft „Gastrecht gewährten", dabei führend sind, ist eine besondere Ironie des Schicksals. Die freimaurerische und freidenkerische Presse konnte Dr. Wirth nicht genug loben damals, als er dem Zentrum Schwierigkeiten bereitete. Heute, wo Dr. Wirth als Zentrumsmann Ansprüche des Zentrums vertritt, ist er auf einmal „der kleine Demagog aus Freiburg". Dieses Beispiel wird man sich merken müssen: Für Freimaurer und Freidenker ist ein Katholik nur solange wertvoll, als er im eigenen Lager Verwirrung stiftet, sobald er zu diesem Zweck nicht mehr brauchbar erscheint, gilt er sofort wieder als „inferior". In dieser Beziehung hat sich in den letzten zwanzig Jahren nicht soviel verändert, wie manche Optimisten meinen.

Dieses Possenspiel, das Liberale und Sozialisten mit den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie getrieben haben, wird nur der Opposition Vorteil bringen. Die Deutschnationalen, die eben noch in schwerster innerer Krise lagen, haben hier eine gewaltige Chance erhalten. Bei geschickter Führung werden sie aus den Reihen derer, die als Ursache der ganzen Komödie irrigerweise den Parlamentarismus überhaupt ansehen, nicht unbeträchtlichen Zuzug gewinnen können. Ob Sozialisten und Liberale, die sich so gern als Hüter des neuen Staates aufspielen, damit der Republik einen Dienst erwiesen haben, mag dahingestellt bleiben.

Liberale und Sozialisten als Verbündete in einem Kabinett, in dem das Zentrum keinen nennenswerten Einfluß mehr besitzt — das ist eine ganz neue parlamentarische Kombination, die in mancher Hinsicht nachdenklich stimmt. Um so mehr, als diese Kombination damit begonnen hat, daß das Zentrum, die politische Vertretung des katholischen Volksteils, bewußt ausgeschaltet wurde. Das ist besonders interessant in dem Augenblick, in dem man versucht, aus den liberalen Parteien einen geschlossenen Block zu schaffen. Sehr begreiflich, daß das „Berliner Tageblatt", das sich am meisten um ein neues Erstarken des Liberalismus müht, dafür eintritt, daß dieses Kabinett möglichst lange im Amte bleibt.

Hier liegen für das Zentrum große Gefahren. Für den Sommer mag es ja angehen, daß das „süße Sichverstecken", das wir während der letzten Wochen mit wachsender Erbauung verfolgt haben, nun in Form einer Regierung fortgesetzt wird. Im Herbst aber muß unbedingt eine klare Entscheidung geschaffen werden.

Dyk

Heute:

Die Welt (Illustrierte Wochenbeilage)
Unterhaltung und Wissen
Die Welt der Frau
Filmrundschau
Turnen, Sport und Spiel

Regierungserklärung am 3. Juli

Das Übergangskabinett

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Herr Reichspräsident hat den Reichskanzler a. D., Reichsminister a. D. und Abgeordneten Hermann Müller Franken zum Reichskanzler ernannt.

Auf Vorschlag des neuernannten Reichskanzlers hat der Herr Reichspräsident die bisherigen Reichsminister Dr. Stresemann (Auswärtiges), Dr. Curtius (Wirtschaft), Groener (Reichswehr), Schätzel (Reichspost) in ihren Aemtern bestätigt, und ferner den Preußischen Staatsminister a. D. Abg. Severing zum Reichsminister des Innern, den Reichsminister a. D. Abg. Hilferding zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Abg. Wissel zum Reichsarbeitsminister, den Badischen Minister a. D. Abg. Dietrich-Baden zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister a. D. Abg. Koch-Weser zum Reichsjustizminister, und den Geheimen und Oberregierungsrat Abg. von Guérard zum Reichsverkehrsminister ernannt.

Reichsminister von Guérard ist gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die Besetzten Gebiete beauftragt worden.

*

Das neue Kabinett ist am Freitag in der üblichen Form vereidigt worden und hat am gleichen Tage seine konstituierende Sitzung abgehalten. **Dem Reichstag wird sich das Kabinett am Dienstag, 3. Juli, vorstellen. Die Aussprache über das Regierungsprogramm soll am 4. Juli beginnen. Man rechnet damit, daß sie ein bis zwei Tage dauert, worauf eine kurze Verhandlungspause eintreten dürfte, die der Ausschuß benutzen soll, um die Amnestiefrage zu klären. Sodann will das Plenum sich mit dieser Frage und einigen anderen Anträgen beschäftigen, doch rechnet man damit, daß etwa am 14. Juli das Haus in die Sommerferien gehen kann.**

Aus dem alten Reichskabinett scheiden drei verdiente Männer des Zentrums aus: Reichskanzler Marx, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Es ist das stärkste Revirement, daß das Zentrum in der Umbesetzung verantwortlicher Stellen seit den Tagen von 1919 erlebt hat. Wir werden die Tätigkeit dieser erprobten Männer noch eingehend zu würdigen haben. Erstmalig tritt vom Zentrum in die Reichsregierung der Abgeordnete von Guérard ein. Sein Name ist von der Führerschaft der Fraktion her und aus den interfraktionellen Besprechungen im Reichstage weit über die Grenzen der eigenen Partei hinaus bekannt und anerkannt. Er übernimmt das Verkehrsministerium, dem trotz seiner Unscheinbarkeit Fragen von Bedeutung obliegen, wenn wir beispielsweise nur an die vielartigen großen Verkehrsprobleme im Reich und an die Entwicklung der Luftschiffahrt denken. Ein Rheinländer von Geburt, ist er der gegebene Mann, um im Nebenamt auch das Besetzte Gebiet zu verwalten, wobei wir hoffen, daß er, wenn es sich um die Grenzfragen im allgemeinen handelt, nach allen Seiten das nötige Verständnis und die nötige Sorgfalt aufbringen wird.

Die Sozialdemokraten stellen vier Minister einschließlich des Reichskanzlers. Hermann Müller bekleidet das Amt als Reichskanzler nicht zum erstenmal. Schon im Jahre 1920 führte er die Reichsgeschäfte. Er ist eine ruhige, sachliche und ausgeglichene Persönlichkeit. Sympathisch im Wesen und von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei her mit einer guten Dosis Taktik versehen. Keine überragende Führernatur, seinem Charakter nach ehrlich und aufrichtig. Wir erwarten von ihm eine Politik, die sich dessen bewußt ist, daß in Deutschland der Ausgleich der Meinungen gesucht werden muß und daß, wenn es sich um die große Regierungspolitik handelt, sozialistische Parteimethoden nicht angebracht sind. Der Kopf unter den Sozialdemokraten ist Severing, der sich aus der Zeit seiner Ministerschaft in Preußen den Namen eines energischen, zielsicheren und zielbewußten Politikers erworben hat. Severing hat in Preußen eine starke Hand gezeigt. Trotz alledem hat er in solchen Fragen eine kluge Mäßigung walten lassen, wo die Staatspolitik die Rücksichtnahme auf die Gesamterfordernisse und auch auf die Denkart anderer verlangte. Wir brauchen ihn nicht daran zu gemahnen, daß in einem so wichtigen Ressort, wie dem Reichsinnenministerium, eine gleiche weise Mäßigung am Platze ist. Wir sind objektiv genug, um seine Tätigkeit im Reich mit guten Wünschen zu begleiten. Hilferding ist als Finanzpolitiker eine umstrittene Persönlichkeit. Wir werden ihn erst zu beurteilen vermögen, wenn er praktisch gearbeitet hat. Seine letzten großen Finanzreden im Haushaltsausschuß haben ihn besonnen und für die Aufgaben der Zeit verständig gezeigt. Rudolf Wissel, der nunmehr nach dem verdienstvollen Dr. Brauns das Arbeitsministerium zu verwalten hat, ist durch seine Ideen von der Planwirtschaft bekannt. Wir sind sehr gespannt, wie die Sozialdemokratie ihr Agitationsbedürfnis, das sie ohne Verantwortung gegenüber diesem Ministerium bis zur Hetze gesteigert hat, mit der jetzt von ihr übernommenen Verantwortung in Einklang bringen wird.

Die beiden demokratischen Minister sind Koch-Weser und Dietrich-Baden. Der erstere hat sein Amt wohl nur provisorisch bis zum Herbst übernommen. Dietrich-Baden hat in seinem Heimatlande in den ersten Zeiten der Nachkriegszeit schon eine Rolle gespielt. Er kommt aus der Oberbürgermeister-Laufbahn her. Auch von ihm wird es heißen müssen, daß wir ihn erst an seinen Früchten erkennen werden.

Das neue Kabinett ist fertig. Es wird arbeiten können, wenn es in seiner Erklärung vor dem Reichstag seine Arbeitsfähigkeit erweist. Wir werden seine Worte hören und diese dann nach den Taten abschätzen!

SLUB
Wir führen Wissen.